



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 0 866 890

F/XI/145 - 27.6.1956

Hinweise auf den Inhalt:

Adenauers INS-Interview	S. 1
Die italienische KP und die Moskauer Entwicklung	S. 3
Die Unruhe in der CSU	S. 5
Zur Konjunktur-Debatte	S. 6
Ein Kriegsbeil - Geschenk für den Kanzler	S. 8

Unfreiwillige Selbstenttüllung

PR. Zwei Tage vor einer vom Deutschen Bundestag gewünschten aussenpolitischen Debatte hat der Kanzler einer amerikanischen Nachrichtenagentur ein Interview gegeben, in dem er in breiter Ausführlichkeit sein aussenpolitisches Programm entwickelt hat. Das ist eine neue bewusste Provokation der Volksvertretung. Im Verhältnis dazu ist es nur eine Randerscheinung, fast schon ein gewohnter Vorgang, dass damit gleichzeitig eine abermalige heftige Brückierung des Außenministers von Brentano verbunden ist, dem der Kanzler damit die Route seiner Rede genau vorschreiben will.

Adenauer hat direkte Verhandlungen über die Wiedervereinigungsfrage mit Moskau abgelehnt. Da von niemanden solche Gespräche ohne gleichzeitig laufende Unterrichtung der Westmächte verlangt worden sind, hat er auch diese Möglichkeit strikt verneint. Zur Begründung hat er auf die damit angeblich verbundene Gefahr eines entstehenden Misstrauens im Westen verwiesen. Aber gerade aus dem Westen kommen in wachsender Zahl und mit zunehmendem Gewicht Äusserungen, die erstaunt und ohne Verständnis die extreme Passivität in der Wiedervereinigungsfrage feststellen - Äusserungen von Politikern, wie eben erst dem republikanischen Senator Flanders, von Zeitungen im Range der "Washington Post" und des Londoner "Observer". Und der Parteifreund Adenauers, Müller-Hermann, berichtet am gleichen Tage, von einer Amerikareise zurückgekehrt, bei aller Ablehnung des sowjetischen Regierungssystems seien die Amerikaner weitgehend verständigungs- und koexistenzbereit.

Neue, der veränderten sowjetischen Taktik angepassten Vorschläge für die Lösung der Deutschlandfrage sollten ausgearbeitet und mit den Westmächten, insbesondere mit den USA, abgestimmt werden.

Der Kanzler hat auch freie Wahlen in der Zone (wenn die Chance gegeben wäre) etwa mit dem Zweck der Vorbereitung gesamtdeutscher Gespräche oder Wahlen bzw. der "Entstalinisierung" des dortigen Regimes abgelehnt: Die Zonenbevölkerung sei so eingeschüchtert, dass sie gar nicht frei abzustimmen wage, meinte er. Ein hübsches Kompliment für die Zone, zehn Tage nach den Feiern zum 17. Juni, dem Tag, an dem man vor drei Jahren auf der anderen Seite des Eisernen Vorhanges ja wirklich noch etwas ganz anderes gewagt hat.

Welche Anmassung und welche Diffamierung jeder anderen politischen Denkungsart liegt schliesslich in der Behauptung, von seiner persönlichen Existenz werde es abhängen, ob Westdeutschland - und, so meinte er, damit Westeuropa - vor dem Zugriff der Sowjetrussen bewahrt bleibe.

Selbst wenn der Kanzler der Regierungschef eines ungeteilt im westlichen Lebensbereich liegenden Landes wäre, hätte er sich mit dieser Darstellung seiner politischen Gedankenwelt in eine bemerkenswerte Isolierung begeben, denn so primitiv und einsichtslos bewertet heute kein ausländischer Staatsmann des Westens mehr die Situation. Aber Adenauer ist der Vertreter eines geteilten Landes, dessen eine Hälfte im östlichen Machtbereich liegt und das unter allen Umständen auf friedliche Weise, d.h. durch Verhandlungen, wiedervereinigt werden will. Die Politik aber, die er gegenüber der Sowjetunion empfiehlt, die des Nichtverhandelns und des ständigen Affronts, ist in der Wirkung der klare Verzicht auf die Wiedervereinigung, die ohne die Zustimmung Moskaus nun einmal nicht erreicht werden kann.

Wenn Adenauer meint, die Deutschen seien, einschliesslich der Menschen in der Zone, mit seinem Kurs einverstanden, so schliesst das ein, dass sie vor allem auch mit seinem Verzicht auf die Wiedervereinigung einverstanden sind. Das ist ein entscheidender Irrtum, der ihm zur gegebenen Zeit bescheinigt werden wird. Und dass der Kanzler den unentwegten Kampf der Opposition für die friedliche Wiedervereinigung ein "Entfachen nationalistischer Instinkte" nennt, zeigt nur, in unfreiwilliger Selbstenttüllung, wie er selbst in Wahrheit diese Frage sieht und bewertet.

Wird Togliatti zum Titoisten?

PE - Rom, Ende Juni

In der angesehenen linksgerichteten Zeitschrift "Nuovi argomenti" in Rom erschien dieser Tage ein Interview mit Palmiro Togliatti, dem italienischen Kommunistenführer, das nicht nur in ganz Italien, sondern weit darüber hinaus erhebliches Aufsehen erregt hat. Die Darlegungen Togliattis über die Bedeutung der Moskauer Entwicklungen für den italienischen Kommunismus scheinen vielfach dazu bestimmt, die politische Linie der italienischen KP weitgehend dem einst so wütend bekämpften Konzept Marschall Titos anzunähern.

"In dem von Stalin errichteten Regime", so erklärte Togliatti jetzt, "gab es zu bestimmten Zeiten Elemente der Tyrannei, und die Machthaber verübten Handlungen, die als verbrecherisch und moralisch verabscheuungswürdig bezeichnet werden müssen." Dieses verspätete Eingeständnis Togliattis wird ergänzt durch die nicht minder bemerkenswerte Feststellung, in der Sowjetunion sei es unter Stalin zu einer "bürokratischen Degeneration", zur Unterdrückung des demokratischen Lebens, zur Entfremdung zwischen den wirtschaftlichen und politischen Führungsschichten einerseits und der schöpferischen Tätigkeit der Massen andererseits gekommen.

Das alles glaubt jetzt auch Togliatti nicht länger ableugnen zu können, nachdem Chruschtschow es in grösster Ausführlichkeit in alle Welt hinausposaunt hat. Natürlich spürt Togliatti aber zugleich auch die Notwendigkeit, den Parteigenossen irgendwie die Tatsache zu erklären, dass er trotz alledem bis gestern selber den jetzt so verpönten "Persönlichkeitskult" betrieben hat und dass gerade er seinerzeit besonders gehässig gegen Tito loszog, dessen Bruch mit Moskau ja auf eben diese "Degeneration" der russischen Machtpolitik zurückzuführen war.

Seine Selbstverteidigung in diesem Punkt fällt freilich sehr schwach aus, besteht sie doch in der Hauptsache in der fadenscheinigen Behauptung, er selber habe nur selten Gelegenheit gehabt, mit Stalin persönlich zusammenzukommen, und die leitenden Männer des Kreml hätten es immer verstanden, die italienischen Genossen über die wahren Vorgänge in Russland im unklaren zu lassen.

Ganz besondere Wichtigkeit aber kommt jener Satz in dem Interview Togliattis zu, in dem der italienische Parteiführer erklärt, der sowje-

tische Kommunismus könne in Zukunft nicht mehr als das alleinige Vorbild für die kommunistischen Parteien der übrigen Welt angesehen werden. Tito war es, der sich mit seiner These, der russische sei keineswegs der einzig gangbare kommunistische Weg, in schroffstem Gegensatz zu den Moskauer Doktrinen von gestern gestellt hatte. Wenn sich jetzt auch Togliatti, einst Titos erbittertster Gegner, diese Auffassung öffentlich zu eigen macht, so vollführt er damit eine Schwenkung um hundertachtzig Grad und erklärt für weiss, was bis vor kurzer noch schwarz gewesen war.

Um ein halbes Jahrhundert zurückgeblieben

Wer aber vermutet hätte, die Umkehr Togliattis sei gleichbedeutend mit einer Hinwendung zur westlichen Demokratie, wird alsbald eines besseren belehrt, wenn er auf folgende Sätze des Togliatti-Interviews stösst:

"Noch ist es nicht restlos geklärt, wie es zu der Beschränkung des demokratischen Lebens im Sowjetstaat kommen konnte. Wie immer aber auch die Antwort auf diese Frage lauten möge, sicher ist, dass man aus den Ereignissen auf keinen Fall die Folgerung wird ableiten dürfen, es sei nötig, zu den Organisationsformen der kapitalistischen Gesellschaft zurückzukehren."

Was Togliatti unter diesen "kapitalistischen" Organisationsformen versteht, die er nach wie vor rundweg ablehnt, wird aus seiner Behauptung völlig deutlich, Demokratie sei keineswegs an das Bestehen eines Mehrparteiensystems gebunden, sondern könne sich ebensogut oder noch besser im Einparteiensstaat entwickeln. Auch hier drängt sich der Vergleich mit dem Kommunismus Titos auf, der ebenfalls an den Formen der Einparteiendiktatur festhält und sich bemüht, der Welt diese als neuartige "Demokratie" mundgerecht zu machen.

Giuseppe Saragat, der Führer der italienischen Sozialdemokraten, hat die von Togliatti geäusserten Gedankengänge schroff abgelehnt und dazu bemerkt, Togliatti sei um mindestens ein halbes Jahrhundert hinter der wirklichen Lage Westeuropas zurückgeblieben. "Die Idee einer Diktatur war zu einer Zeit erklärlich, als die Arbeiterklasse praktisch von allen zivilen und politischen Rechten ausgeschlossen war. Sie hat keinerlei Daseinsberechtigung mehr, seit die Arbeiterklasse, vom Beginn des Jahrhunderts angefangen, in einem ständigen Aufstieg begriffen ist, und zwar gerade dank der von der politischen Demokratie geschaffenen Waffen." -

CSU Landesauschuss: "Sehr ernste Lage"

Mm. München

Man muss die CSU eigentlich bedauern, dass sie auf ihrer Landesauschusssitzung in Bayreuth am vergangenen Wochenende mit einem solchen Gepäck von Sorgen fertig werden sollte. In Bayern sitzt sie auf den Bänken der Opposition und weiss damit nichts Rechtes anzufangen. In Bonn steht ihr Finanzminister Fritz Schäffer in einem harten Catcher-Kampf mit dem Bundeskanzler. Der Landesvorsitzende Dr. Seidel sagte mit sorgenvoller Miene: "Die Lage ist sehr ernst, es können sich unter Umständen weitgehende Konsequenzen ergeben". Um die gespannte Lage nicht noch mehr zu verschärfen, hat man Schäffer überredet, in Bayreuth schön still zu sein. Schäffer willigte küssmutig ein und nahm die demonstrativen Ovationen mit sauer-süßem Lächeln hin.

Hinter verschlossenen Türen aber kam der ganze Unwille zum Ausdruck. Schäffer und Adenauer waren Angriffsziele der CSU-Parteiprominenz. Der Bundeskanzler muss unseren Schäffer rehabilitieren, sonst - so sagte doch Dr. Seidel - "können sich unter Umständen weitgehende Konsequenzen ergeben". Nun, wer die CSU und ihre Politiker kennt, der wird auf solche starke Worte kaum Gewicht legen, denn an harten Taten hat es die CSU noch immer fehlen lassen. Es ist aber interessant, dass sie jetzt manchen Mäkel am Bundeskanzler entdeckt und Befürchtungen in ihren Reihen laut werden, es könne der CSU nun ein ähnliches Schicksal bereitet werden, wie vorher dem BHE und der FDP. Landesgeschäftsführer Dr. Zimmermann empfahl für die Bundestagswahl 1957 den Werbeslogan "Deutschland wählt Sicherheit". Es schien ihm nicht ratsam, den Werbespruch von 1953 "Deutschland wählt Adenauer" zu wiederholen.

Dr. Seidel glaubte der Landesregierung vorwerfen zu können, sie regiere nicht nur nicht, sie verwalte sogar schlecht. Bayerische Belange würden in Bonn sträflich vernachlässigt. Aber in seinem ganzen Referat vermisst man jeden Hinweis, welche Fragen für die CSU-Opposition im Vordergrund stehen würden. Es gibt allerdings ein ganz konkretes Anliegen, das mit dünnen Worten lautet: Die CSU muss wieder auf die Regierungssessel gehoben werden, dann wird es sich schon zeigen, was man will. Mit listigen Augenzwinkern erklärt Dr. Seidel immer wieder, er wolle das Programm der Opposition nicht verkünden, damit der Regierung keine taktischen Hinweise gegeben würden. Mit diesem Trick - 6 -

möchte er sich immer wieder über die eigene Planlosigkeit hinweghelfen. Wer kauft ihm dies noch ab? Die Regierung kann solche Planlosigkeit nur bedauern, denn für ihre Arbeit im Sinne einer bayerischen Politik wäre eine klare, planvolle Opposition zweifellos ein Gewinn.

Dr. Seidel vergass aber nicht, Andeutungen zu machen, dass die CSU zarte Fäden zur Bayernpartei spinnt. Bisher waren die Fäden aber so zart, dass sie beim ersten Windhauch schon wie Spinweben zerflatterten. Die CSU wolle keinen "soliden und ehrlichen Gespräch" aus dem Wege gehen, so sagte Dr. Seidel mit Biedermanns-Miene. Die CSU kann versichert sein, dass ihre zarte Fädenspinnerei wohl bekannt ist. Mit der Bayernpartei will Dr. Seidel Fäden spinnen und zur SPD gewandt entschlüpft ihm der Gedanke, der nicht im Manuskript stand, dass es "sogar sehr gut" sei, "wenn die SPD die Politik mit trägt".

Das Fazit aus dieser Landesausschusssitzung war:

1. Der Krach in der Bonner Regierung bringt für die CSU eine "sehr ernste Lage" und
2. in der Landespolitik hat sie nur die alte Platte, dass "nicht regiert" werde. Das scheint ein trügerisches Ergebnis, aber die CSU soll damit zufrieden sein.

* * *

Ein gewandelter Erhard

ler. Dem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneter Dr. Deist, anerkanntem und allseits geschätztem Sprecher seiner Fraktion in konjunkturpolitischen Fragen, ist es gelungen, den Bundeswirtschaftsminister Erhard, ebenso bekannt durch eine gewisse Neigung zu überspitzten Ausfällen gegen politische Gegner, auf die Ebene einer rein sachlichen Auseinandersetzung zu führen. Solche Tage, wie den letzten Dienstag, hat der Bundestag seit seinem Bestehen nur selten erlebt. Das Ringen um die Überwindung unserer konjunkturpolitischen Nöte war zwar hart, aber die Formen wurden gewahrt, die Bitternisse und Verbitterung nicht aufkommen liessen. Das war unzweifelhaft ein Verdienst von Dr. Deist, der von einem überlegenen Standort aus die Sonde an die gegenwärtige Wirtschaftslage anlegte, und dem Erhard bescheinigte, mit ihm zu

disputieren sei ehrenvoll und bringe Gewinn.

Der Bundeswirtschaftsminister zeigte sich diesmal aufgeschlossen der sozialdemokratischen Argumentation, die ihre Kraft und Qualifikation aus der genauen und für viele Koalitionsabgeordneten überraschenden Analyse der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation bezog - eine Analyse, deren zwingender Logik sich der verantwortliche Leiter unserer Wirtschaftspolitik nicht entziehen konnte. Freimütig bekannte er sich zu der Nützlichkeit des sozialdemokratischen Antrages, die Zölle um 40 % zu senken - ein Antrag, der nicht die Zustimmung seiner eigenen Partei fand - wie er es auch bedauerte, dass das leidige Kartellgesetz noch immer nicht vom Bundestag verabschiedet ist. Dagegen sperrte sich bekanntlich die Koalition. Erhard kennt die Nöte und Schwächen unserer konjunkturpolitischen Lage, er weiss auch, dass eine Korrektur und eine Beseitigung von Krankheitssymptomen heute noch mit leichter Hand erfolgen kann, und dass es morgen vielleicht schon zu spät sein wird.

Aber zwischen notwendigen und nützlichen Einsichten - Erhard lehnte auch nicht grundsätzlich die Aufstellung eines Nationalbudgets als Richtschnur für die Wirtschaftspolitik ab - und ihren Niederschlag in der praktischen Politik besteht oft eine grosse Kluft, über die sich keine Brücke schlagen lässt. So sehr der Bundeswirtschaftsminister in vielen Dingen die Richtigkeit der sozialdemokratischen Vorschläge bestätigte, so sehr ist er auch an ein Programm der Halbheiten und Unzulänglichkeiten gebunden, das er selbst zu verkünden hatte und auszuführen hat. Die Wirtschaftspolitik der Koalition steht unter dem Druck mächtiger Interessentengruppen, für deren Wirksamkeit das in den Schubladen des Bundeswirtschaftsministeriums liegende Kartellgesetz ein besonders beredtes Beispiel ist. Der Bundeswirtschaftsminister, der sich in dieser bemerkenswerten Konjunkturdebatte so konziliant, freimütig und, zur Seite der Opposition gewandt, wohlwollend-kritisch gab, ist nicht in der Lage, sich einem solchen Druck zu entziehen, obwohl er, wie kaum ein ande er auf Regierungsseite, die schädlichen Folgen eines Nachgebens vor Interessenteneinflüssen zu erkennen vermag. In der angespannten und gefahrenreichen Situation, in der die deutsche Wirtschaft steckt, helfen keine gutgemeinten Appelle an die Mächtigen in der Wirtschaft, auch nicht Beschwörungen, sondern konkrete, auf die Abschwächung der Konjunkturgefahren hinzielende Massnahmen. Diese aber lässt das Konjunkturprogramm der Regierung, das Erhard vertrat, vermissen.

Sie werden aber um so unvermeidlicher sein, wenn sich das Rüstungsprogramm der Regierung, der es ja in dieser Hinsicht nicht schnell genug gehen kann, auszuwirken beginnen wird. Die Verantwortung dafür fällt dann freilich mit auf Erhard, so gewandelt er sich auch in diesen Tagen im Verhältnis zur Opposition gab. * * * - 8 -

Die Angestellten-Gewerkschaft und der Kanzler

Der Hauptvorstand der Angestellten-Gewerkschaft übersandte dem Bundeskanzler zur Ergänzung seiner ihm während des letzten Amerikabesuches von einem Indianerstamm gemachten Geschenke ein Kriegsbeil mit folgendem Begleitschreiben:

"Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Neben Ihrer mehr als dutzendenfachen Doktorwürde, neben vielen Ehrenämtern und Auszeichnungen wurde Ihnen bei Ihrem letzten Amerikabesuch nun auch noch der Kopfschmuck eines Indianerhäuptlings überreicht. Dazu beglückwünschen wir Sie.

Sie haben im Kreise der "Indianer-Häuptlinge" gesessen und die Friedenspfeife geraucht. Sicher ein seltenes Ereignis für den führenden deutschen Staatsmann. Ein Ereignis aber auch, das Sie an Ihre Kindheit erinnert haben wird. Daher wissen Sie auch, dass zum echten Indianer neben Kopfschmuck und Friedenspfeife das Kriegsbeil gehört. Um Ihre Ausrüstung zu vervollkommen und in der Absicht, Ihnen eine Freude zu bereiten, erlauben wir uns, Ihnen heute mit dem Ausdruck unserer Hochachtung einen echten Tomahawk als kleines Geschenk der Angestellten zu überreichen.

Wir wissen, dass Sie ein streitbarer Mann sind. Sie haben es oft genug in positiver Weise bewiesen. Worum wir Sie aber bitten möchten, ist, dieses Kriegsbeil sorgfältig zu vergraben und nicht, wie es der von Ihrer Regierung vertretene Entwurf über ein Gesetz zur Neuregelung der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten erkennen lässt, gegen die Angestellten auf dem Kriegspfad zu wandeln.

Es wäre uns viel sympathischer, mit Ihnen die Friedenspfeife zu rauchen, als Gefahr zu laufen, dass Sie mit einem Gesetz, das fast gleichbedeutend ist mit der Abschaffung des bisher geltenden Angestelltenversicherungsgesetzes, den Angestellten als einer selbständigen soziologischen Schicht innerhalb unserer Gesellschaft den Boden entziehen.

Sie wissen, dass es alter Indianerbrauch ist, wenn das Kriegsbeil erst einmal ausgegraben ist, bis zum Letzten zu kämpfen, denn dann geht es ums Ganze.

Wir befinden uns als Angestellte in der Bundesrepublik in dieser Lage und möchten nur hoffen, dass Sie uns zu diesem Kampf nicht zwingen. Wir verteidigen nämlich nichts anderes als das, was sich unsere Väter aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln geschaffen haben. Das lassen wir uns nicht nehmen!

Wir nehmen an, dass Sie dafür Verständnis haben.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
Der Hauptvorstand

(Fritz Rettig)"

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau